

zwischen beiden Seiten i.J. 1975 nach China kam. Vor ihm hatte seine Vorgängerin, Präsidentin Corazon Aquino, der Volksrepublik einen Besuch abgestattet.

Während der Anwesenheit des Präsidenten kam es zur Unterzeichnung von neun Joint Ventures, und zwar sowohl philippinischer Geschäftsleute in China als auch umgekehrt. Die Volksrepublik beispielsweise will auf den Philippinen ein 300 MW-KKW zu einem Kostenpunkt von 273 Mio.US\$ aufbauen. (XNA, 22.4.93)

U.a. bat Ramos die chinesische Seite, die Handelsbilanz zwischen beiden Seiten wieder ins Gleichgewicht zu bringen. (XNA, 22.4.93)

Der Handelsaustausch zwischen beiden Seiten wird bis Ende 1993 vermutlich 600 Mio.US\$ betragen - verglichen mit 350 Mio. i.J. 1991. (XNA, 18.4.93)

Drei Dokumente wurden während Ramos' Besuch unterzeichnet, nämlich ein Abkommen über die wirtschaftliche und technische Kooperation, ein Protokoll über Warenimporte und -exporte für das Jahr 1993 und ein Protokoll für die Zusammenarbeit auf touristischem Gebiet im Zeitraum 1993/94. (XNA, 27.4.93)

Ramos verlangte auch eine Sicherheitsgarantie Chinas: China als einzige Atommacht der Region spiele für die Erhaltung von Frieden und Sicherheit im asiatisch-pazifischen Raum eine entscheidende Rolle und sei daher in besonderem Maße für die regionale Sicherheit verantwortlich. Die Philippinen und ihre Nachbarn seien besorgt über Chinas rapides militärisches Modernisierungsprogramm.

Alles in allem bezeichnete Ramos seinen Besuch als "ungewöhnlich erfolgreich" und als "Meilenstein"; möglicherweise war er durch seine Gastgeber davon überzeugt worden, daß seine ursprünglichen Sicherheitsbesorgnisse zu Unrecht bestanden.

Der Besuch des philippinischen Präsidenten lieferte auch Anlaß für Gerüchte um Li Pengs Gesundheitszustand. Da sich Li Peng zu medizinischer Behandlung in ein Spital habe begeben müssen, sei es ihm nicht möglich, mit Ramos zusammenzutreffen, hieß es in einer Verlautbarung des Außenmini-

steriums. Li Peng habe sich "eine Erkältung" zugezogen. In Kürze werde außerdem eine Verlautbarung der Regierung zu Li Pengs geplanter Reise nach Zentralasien erfolgen.

Bezeichnenderweise begann daraufhin sofort die Gerüchteküche in Beijing hochzubrodern. Es zeigte sich dann aber doch, daß Li Peng tatsächlich physisch erkrankt war und nicht etwa einen "politischen Schnupfen" hatte. (Dazu NZZ, 28.4.93) -we-

*(7)

Hämische Berichte über die Olympiabewerbung Berlins

Während China sich tief vor dem "Gott" IOC verbeugt (dazu ausführlich C.a., April 1993, Ü 7) und das Blaue vom Himmel verspricht (ausführlich dazu u.a. SCMP, 6.3.93) (manchmal ist hier von einer "Obsession Beijings" die Rede, SCMP, 7.3.93), konnte es mit einem gewissen Vergnügen die "antiolympischen Demonstrationen" in Berlin beobachten. Die Berichterstattung von Xinhua zu diesem Thema war ungewöhnlich ausführlich. Auf der einen Seite ist davon die Rede, daß die "chinesische Jugend den Antrag Beijings auf Abhaltung der Olympischen Spiele unterstützt" (XNA, 17.4.93), und daß China ganz gewiß in der Lage sei, die Olympischen Spiele auszurichten (XNA, 29.4.93), auf der anderen Seite aber wird berichtet, daß "nahezu 10.000 Berliner Bürger am 18. April gegen die Abhaltung Olympischer Spiele in Berlin i.J. 2000 protestiert" haben. Es seien die "olympischen Bosse angegriffen" und der Slogan der "No-Olympics" ausgegeben worden.

Indirekt gab der chinesische Berichterstatte (XNA, 20.4.93) damit seiner Meinung Ausdruck, daß Berlin bei seinem Wettbewerb mit Beijing, Sidney, Brasilia, Istanbul und Manchester wohl wenig Chancen habe.

Auch in Rostock, dem geplanten Austragungsort für die Segelwettbewerbe, seien die IOC-Vertreter mit antiolympischen Parolen empfangen worden. Rostock habe sich bereits im August 1992 durch Ausschreitungen gegen Ausländer einen üblen Ruf erworben. In diesem Zusammenhang kommt der Bericht auch noch auf die Berliner Olympiade von 1936 zu sprechen, in deren Verlauf Adolf Hitler die Spiele

als "eine Bühne für die arische Überlegenheit" benutzt habe. (Weitere Berichte zu diesem Thema: XNA, 16., 17., 19., 20., 22. und 27.4.93)

Das "anarchistische" und durch 1936 "belastete" Berlin will also allen Ernstes gegen das ordentliche, wohlorganisierte und voller Ungeduld auf den Zuschlag wartende Beijing konkurrieren! -we-

Innenpolitik

*(8)

Weiterhin intraelitäre Meinungsunterschiede über wirtschaftliche Entwicklung und Stabilität

Einem Bericht der Hongkonger Zeitung *Xin Bao* zufolge kamen das Politbüro des ZK der KPCh und der Staatsrat vom 23. bis 25. April 1993 zu einer gemeinsamen Konferenz über die wirtschaftliche Entwicklung zusammen. An der Konferenz nahmen auch die früheren Politbüromitglieder Yao Yilin und Song Ping teil, die beide Verfechter einer eher planorientierten Wirtschaftsordnung sind. Zusammen mit den Staatsratskommissaren Chen Junsheng und Li Guixian (gleichzeitig Präsident der Volksbank) sowie dem früheren Finanzminister Wang Bingqian machten sie ihren Standpunkt deutlich, daß die Wirtschaft schon erheblich überhitzt sei und eine Reihe von Sektoren bereits außer Kontrolle geraten seien, wie die Anlageinvestitionen, die staatliche Kreditvergabe, die Aktienmärkte und der Immobilienmarkt. Sie forderten, daß die entstandenen Probleme eines nach dem anderen gelöst werden müßten. (*Xin Bao*, 30.4.93, in SWB, 4.5.93)

Song Ping mahnte, man müsse einen klaren Kopf behalten und dürfe sich nicht durch die einseitige Erfolgsberichterstattung und die Verniedlichung des schwerwiegenden Charakters der entstandenen Probleme durch einige Parteiführer täuschen lassen. Yao Yilin nannte es unverantwortlich, die Existenz der Überhitzung der Wirtschaft zu leugnen, wie dies Anfang des Jahres geschehen sei. Wenn man die bestehenden Probleme ignoriere und nicht löse, dann werde es zwischen

Herbst 1993 und Mitte 1994 zu erheblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten kommen. "Und das kann dann zu sozialen Unruhen führen", warnte Yao Yilin. (Ebenda)

Die oben wiedergegebenen Äußerungen stellen eine mehr oder weniger offene Kritik an Deng Xiaoping und den marktorientierten Reformkräften dar. Deng hatte zu Beginn dieses Jahres gefordert, die günstige Situation auszunutzen und das wirtschaftliche Entwicklungstempo zu steigern. Von einer generellen Überhitzung der Wirtschaft könne nicht die Rede sein (ZM, 1993/3, S. 12-13). Bereits am 19. Dezember 1992 hatte Deng das gegenwärtige Wirtschaftswachstum als "ausgezeichnet" bezeichnet und die Ansicht vertreten, daß es normal sei, wenn es zu Überhitzungserscheinungen käme. Solange man diese zur Kenntnis nehme, könne man mit ihnen richtig umgehen. (ZM, 1993/2, S. 6-8)

Vertreter des Entwicklungskonzepts von Deng Xiaoping vertraten auf der Konferenz Ende April 1993 die Ansicht, daß es bei einer beschleunigten Wirtschaftsentwicklung nicht möglich sei, alle Elemente stabil und im Gleichgewicht zu halten. Stabilität sei relativ, Entwicklung sei eine absolute Notwendigkeit. Wenn man übervorsichtig sei und nicht wage, die Wirtschaftsentwicklung zu beschleunigen, werde man immer in dem Stadium der wirtschaftlichen Sanierung (*tiaozheng*) verharren. (*Xin Bao*, 30.4.93, in SWB, 4.5.93) -sch-

* (9)

Marktwirtschaftliche Transformation kann zu Unruhen führen

Die Zeitschrift *Xinhua Wenzhai* (Ausgewählte Artikel der Nachrichtenagentur Neues China) druckte in ihrer März-Ausgabe einen Artikel aus der Zeitschrift *Zhongguo Qingnian* (Chinesische Jugend) vom Januar ab, der in großer Offenheit eine Reihe von Problemen benennt, die den Transformationsprozeß der chinesischen Wirtschaftsordnung "über einen ziemlich langen Zeitraum" begleiten werden: "Unordnung" und "Ungleichgewichte" müßten in Kauf genommen werden. Der Beitritt Chinas zum GATT werde in der ersten Zeit mehr Nachteile als Vorteile bringen. Eine Reihe von Fabriken würden bankrott gehen, und es

könnten sogar ganze Branchen zusammenbrechen. Die Unzufriedenheit in der Bevölkerung werde möglicherweise wachsen, und einige soziale Widersprüche könnten sich zuspitzen. Streiks und regionale Unruhen, sogar Erschütterungen nationalen Ausmaßes, seien "sehr wahrscheinlich". Bei alledem sei es wichtig, einen kühlen Kopf zu behalten und vernünftig zu handeln. Auf gar keinen Fall dürfe man in Panik verfallen oder versuchen, die neuen Problemen mit den alten Methoden zu lösen, oder gar zum alten System zurückzukehren. (SWB, 21.4.93; SCMP, 2.4.93)

Von zentraler Bedeutung für die langfristige Absicherung des Reformkurses sei es, daß an diesem Konzept in den nächsten 10 Jahren entschlossen festgehalten werde. Der Schlüssel dafür, daß die Dauerhaftigkeit des auf dem XIV. Parteitag beschlossenen marktwirtschaftlichen Reformkonzepts garantiert werden könne, liege in einer grundlegenden politischen Reform, die darauf abzielen müsse, den politischen Entscheidungsprozeß verfahrensrechtlich zu regeln, zu demokratisieren und zu verwissenschaftlichen. Das zentralisierte System der absoluten Macht des Parteiführers müsse einem demokratischen System weichen, in dem die Herrschaft des Gesetzes eine langfristig stabile Entwicklung garantiere. (Ebenda) -sch-

* (10)

Bauernunruhen in Sichuan

Die Hongkonger Zeitung *Ming Bao* und *Xin Bao* berichteten im März bzw. April von Bauernunruhen, die im Januar 1993 im Kreis Renshou in der Provinz Sichuan begannen und im April 1993 anscheinend immer noch nicht beendet waren. Ausgangspunkt für die Bauernproteste, an denen sich 700-800 Bauern (*Xin Bao*; *Ming Bao*: über 10.000 - sic!) beteiligt haben sollen, waren die zwangsweise Erhebung von überhöhten Abgaben und die versuchte Verhaftung des 50jährigen Bauernführers Zhang De'an in der Kleinstadt Xie'an.

Der Bauer Zhang hatte sich die Sympathie und das Vertrauen der lokalen Bauern erworben, weil er in der Vergangenheit mehrfach die den Bauern auferlegten überhöhten Abgaben an die Gemeinde und an den Kreis kriti-

siert und sich - entsprechend der geltenden Bestimmungen - geweigert hatte, mehr als fünf Prozent des letztjährigen Einkommens an Abgaben zu zahlen. Die anderen Bauern hatte er ermuntert, sich ebenso zu verhalten. Besonders verärgert waren die lokalen Bauern über die zwangsweise Eintreibung von 90-110 RMBY pro Familie für den Bau einer Nationalstraße: Der Parteisekretär von Xie'an hatte mit Hilfe einer Sicherheitstruppe von 60 Mann die Abgabe erhoben und mittellosen Bauern z.T. selbst die letzten Reisreserven abgenommen.

Um zu verhindern, daß der populäre Zhang bei den Kreisvolkskongreßwahlen im Januar dieses Jahres zum Abgeordneten gewählt würde, wollte die Kreisführung Zhang verhaften lassen. Als der Kreisstaatsanwalt und seine Mitarbeiter vor dem Haus von Zhang erschienen, um die Verhaftung vorzunehmen, wurden sie von 700-800 Bauern angegriffen und verprügelt. Ihre beiden Fahrzeuge wurden in Brand gesetzt. Daraufhin zogen die Bauern zur Kreisstadt, besetzten das Gebäude der Kreisregierung und forderten Gerechtigkeit.

Alarmiert von den Vorgängen entsandten die Provinzregierung von Sichuan und der Staatsrat einen Krisenstab nach Renshou, darunter den stellvertretenden Provinzgouverneur Liu Changjie. Die Beamten des Krisenstabs versprachen, die überhöhten Abgaben entsprechend der geltenden Bestimmungen zu reduzieren. Dies wurde von den Bauern jedoch nicht akzeptiert, die die Abschaffung aller Zwangsabgaben und die Rückzahlung aller Zwangsabgaben der letzten Jahre verlangten. Letzteres würde bedeuten, daß der Kreis Renshou über 10 Mio. RMBY an die Bauern zurückzahlen müßte, was angesichts eines Schuldenbergs von 20 Mio. RMBY kaum möglich erscheint.

Mitte April hielten die Proteste anscheinend noch an. So soll das Gebäude der Kreisregierung von Renshou nach wie vor von Hunderten von Bauern besetzt sein. Mittlerweile sollen auch Bauern aus drei umliegenden Kreisen mit den Demonstranten Kontakt aufgenommen haben. (*Ming Bao*, 9.3.93, in SWB, 16.3.93; *Xin Bao*, 20.4.93, in SWB, 3.5.93)

Im März und April 1993 forderten nahezu alle nationalen Partei- und Staatsführer die lokalen Behörden landes-

weit auf, die Erhebung unzulässiger und überhöhter Abgaben von der Landbevölkerung einzustellen. Das ZK-Organ *Volkszeitung* veröffentlichte am 15. April 1993 einen Leitartikel, in dem zum wiederholten Male die Forderung erhoben wurde, "in diesem Jahr auf gar keinen Fall Schuldscheine auszugeben" (zu diesem Thema siehe C.a., 1993/1, Ü 24). Die seit Ende 1992 wiederholt vorgetragenen Appelle der Partei- und Regierungszentrale, die Belastungen der Bauern spürbar zu senken, scheinen ein Indiz dafür, daß zum einen das Unruhepotential unter der Landbevölkerung erheblich sein muß und daß zum anderen die lokalen Behörden bisher zu wenig unternommen haben, um die Forderungen der Bauern nach Abschaffung der Schuldschein und der überhöhten Zwangsabgaben zumindest teilweise zu erfüllen. -sch-

*(11)

Konstituierende Tagungen von vier weiteren neugewählten Provinzvolkskongressen

Im April 1993 traten in folgenden Provinzen die neugewählten Provinzvolkskongresse zu ihren konstituierenden Tagungen zusammen:

- He'nan,
- Jiangsu,
- Shaanxi und
- Shandong.

Damit sind seit Januar 1993 in 24 der insgesamt 30 Verwaltungseinheiten auf Provinzebene (Provinzen, Autonome Gebiete und provinzfremde Städte) die neugewählten Volkskongresse zu ihren konstituierenden Tagungen zusammengetreten. Es fehlen noch die Provinzen Hebei, Hubei und Yunnan, die Autonomen Gebiete Innere Mongolei und Ningxia sowie die provinzfremde Stadt Tianjin.

In allen vier o.g. Provinzen wurden die bisherigen Gouverneure in ihrem Amt bestätigt. In Shandong wurde auch der bisherige Parlamentspräsident Li Zhen wieder auf diesen Posten gewählt. In den drei anderen Provinzen wurde der KPCh-ProvinzparteiSekretär gleichzeitig mit dem Amt des Vorsitzenden des Provinzvolkskongresses betraut. Es sind dies

- Li Changchun in He'nan,
- Shen Daren in Jiangsu und
- Zhang Boxing in Shaanxi.

Mit diesen Personalentscheidungen setzt sich der Trend fort, die Position des Vorsitzenden des Provinzvolkskongresses eng mit der KPCh-Provinzfürhderung zu verbinden: In 17 der 24 bisher neugewählten Provinzparlamente wird die Position des Parlamentspräsidenten von einem Politiker bekleidet, der gleichzeitig entweder ProvinzparteiSekretär oder einer der stellvertretenden ProvinzparteiSekretäre ist.

Noch enger ist die personelle Verflechtung von Partei- und Staatsorganen bei der Position des Provinzgouverneurs: In 26 von 30 Provinzen ist der Gouverneur gleichzeitig stellvertretender ProvinzparteiSekretär oder sogar ProvinzparteiSekretär. Ausnahmen von der Regel sind die Provinzen Guizhou, He'nan, Shanxi und Zhejiang, davon Guizhou und Zhejiang eindeutig entgegen den erklärten Willen der Parteizentrale (siehe C.a., 1993/2, Ü 4).

Mit der in den letzten Monaten zunehmend engen personellen Verflechtung von Partei- und Staatsorganen sowohl in der Zentrale (siehe C.a., 1993/3, S. 224) als auch in den Provinzen hat sich die KPCh-Führung deutlich von dem politischen Reformkonzept der 80er Jahre verabschiedet, das die personelle Trennung von Partei- und Staatsämtern beinhaltete.

Die personelle "Verschmelzung von Partei und Regierung" (SCMP, 1.4.93) soll auf Deng Xiaoping zurückgehen, der zu der Ansicht gelangt sei, daß die Partei nur dann überleben könne, wenn sie bei der Gestaltung der Regierungsarbeit und der Marktwirtschaft führend bleibe. Deng zufolge sei ein Grund für den Niedergang der KPdSU gewesen, daß die Parteikader von der politischen Tagesarbeit und von der Gestaltung der Wirtschaftspolitik abgeschnitten worden seien. (Ebenda) -sch-

*(12)

Neuer ProvinzparteiSekretär in Sichuan

Xie Shijie wurde Anfang April 1993 von der KPCh-Zentrale zum neuen ParteiSekretär der Provinz Sichuan ernannt. Der 59jährige Xie löst Yang Rudai (67) ab, der bereits im Oktober 1992 aus dem Politbüro und dem ZK ausgeschieden war. Xie Shijie war bisher stellvertretender ParteiSekretär und stellvertretender Gouverneur von

Sichuan, der mit Abstand bevölkerungsreichsten Provinz Chinas. Er wurde auf dem XIV. Parteitag zum ersten Mal in das Zentralkomitee gewählt. (XNA, 8.4.93) -sch-

*(13)

VR China in Sachen Korruption an zweiter Position in Asien

In Asien ist nach Indonesien in der Volksrepublik China die Korruption am stärksten verbreitet. Zu diesem Ergebnis kam das Hongkonger Wirtschaftsberatungsunternehmen "Political and Economic Risk Consultancy" (PERC) nach einer Befragung von Unternehmern und Bankern über Korruption in zehn asiatischen Ländern. Hinter Indonesien und der VR China rangieren die Philippinen und Thailand. Der PERC-Untersuchung zufolge hat die Korruption in China im Zuge der schnellen wirtschaftlichen Entwicklung stark zugenommen. Das Fordern von Schmiergeldern werde immer mehr üblich, und die Höhe der verlangten Schmiergelder werde immer exorbitanter. China habe zwar Standortvorteile, wie geringe Ansiedlungs- und Lohnkosten, doch die durch Korruption verursachten "versteckten Kosten" könnten erheblich sein. Die PERC-Studie warnt davor, die möglichen negativen Folgen der weitverbreiteten Korruption auf das Wirtschaftswachstum zu übersehen. (SCMP, 20.4.93)

Die KPCh-Führung versucht seit Jahren, durch entsprechende Appelle und mit Hilfe von partei- und regierungseigenen Disziplinkontrollorganen die Korruption im Partei- und Regierungsapparat einzudämmen. Bisher konnten keine durchschlagenden Erfolge erzielt werden, weil die Selbstheilungskräfte von Partei und Regierung offenkundig beschränkt sind und weil die KPCh-Führung bisher nicht bereit war, den Volkskongressen und den Medien genügend Unabhängigkeit und Rechte zuzugestehen, um Korruptionsfälle aufzudecken. Dies soll sich nach Ansicht des neuen NVK-Vorsitzenden Qiao Shi nun ändern: Zumindest den Volkskongressen sollen künftig mehr Überwachungsrechte eingeräumt werden, kündigte Qiao an. (XNA, 1./2./13.4.93; RMRB, 2.4.93) -sch-

***(14)
Über 58.000 Verkehrstote**

1992 ereigneten sich in China über 228.000 Straßenverkehrsunfälle. Dabei kamen mehr als 58.000 Menschen ums Leben und rund 140.000 erlitten Verletzungen. (Xinhua, engl., 6.4.93, in SWB, 12.4.93)

1988 hatte es 276.000 Verkehrsunfälle gegeben. Dabei waren knapp 55.000 Menschen getötet und über 170.000 verletzt worden. (XNA, 24.2.89) -sch-

***(15)
Ungewöhnlicher Überschuss an männlichem Nachwuchs**

Daß mehr männliche als weibliche Kinder geboren werden, ist die Regel, in China ist derzeit jedoch der Umstand bei Regierungsstellen Grund zur Sorge, daß dieser Überschuss heute etwa doppelt so hoch ist wie normal: Zur Zeit kommen in China 111,3 männliche auf 100 weibliche Babys. Der Standardwert, der auch bis Anfang der 80er Jahre auch in China galt, liegt bei 106. Die gering erscheinende Abweichung führt dazu, daß jährlich 400.000 bis 500.000 mehr Jungen als Mädchen zur Welt kommen. (XNA, 21.4.93, nach SWB, 29.4.93, sowie Xinhua, chinesisch, 24.4.93, nach SWB, 4.5.93).

Auf einer Tagung führten Experten die Hälfte bis drei Viertel des Überschusses, der über den Normalwert hinausgeht, darauf zurück, daß manche Mädchen geburten nicht gemeldet würden. Besonders in den zurückgebliebenen ländlichen Gebieten, wo die männliche Arbeitskraft mehr zählt und die traditionelle Bevorzugung von männlichen Nachkommen noch lebendig ist, wäre es vor dem Hintergrund des Geburtenkontrolldrucks erklärlich, wenn manches Paar die Geburt eines Mädchens verschwiege. Dies würde wiederum bedeuten, daß das Problem nicht so gravierend wäre, wie die Statistik es scheinen läßt (RMRB, 25.4.93).

Um das Problem wieder unter Kontrolle zu bringen, setzt die Vorsitzende der Familienplanungskommission, Peng Peiyun, auf die wirtschaftliche Entwicklung und ein steigendes Bildungsniveau (Xinhua, chinesisch, 24.4.93, nach SWB, 4.5.93). Gleichzeitig ist jedoch von Maßnahmen die Re-

de, die einer selektiven Abtreibung nach vorangegangener Bestimmung des Geschlechts des Ungeborenen vorbeugen bzw. derlei Praktiken verbieten sollen (XNA, 21.4.93, nach SWB, 29.4.93, sowie RMRB, 25.4.93). -hws-

***(16)
Wachsende Akzeptanz der Geburtenkontrolle**

Neueste Umfragen, die von der Familienplanungskommission gemeinsam mit der Weltgesundheitsorganisation WHO durchgeführt wurden, lassen als einen Grund für die zunehmend erfolgreiche Geburtenkontrolle deren wachsende Akzeptanz und Unterstützung in der Bevölkerung erkennen. Der Druck, der auf Familien ausgeübt wird, die sich nicht an die Planung halten, hat sich gleichzeitig jedoch eher noch verschärft.

Einen Teil der genauen Zahlen gab die Vorsitzende der Familienplanungskommission, Peng Peiyun, am 21. 4. auf einer Pressekonferenz bekannt. Von den 239,6 Mio. Paaren, deren weibliche Partner 1992 im gebärfähigen Alter waren, wandten demnach 199,8 Mio. schwangerschaftsverhütende Maßnahmen an. Damit ist eine Quote von 83,4% erreicht, die noch einmal um 12,3 Prozentpunkte höher liegt als vier Jahre zuvor und von einer US-amerikanischen Expertin schon als "Sättigungspunkt" angesehen wird, über den man kaum noch hinauskäme (RMRB, 22.4.93; IHT, 28.4. 93).

Unter den schwangerschaftsverhütenden Mitteln ist das Intrauterinpeessar das beliebteste; es wird von über 40% der gebärfähigen Frauen verwendet, wobei die Rate auf dem Land höher ist als in der Stadt. Generell wird auf dem Land Dauerlösungen der Vorzug gegeben - darunter waren 1992 auch 6,5 Mio. neue Sterilisationen -, während städtische Intellektuelle lieber Kondome nehmen. Pillen sind am unbeliebtesten. Sie gelten in der Wirkung als unsicher, unangenehm, und sind nicht leicht erhältlich. (XNA, 10.4.93; IHT, 23.4.93)

Parallel zur stärkeren Verbreitung der Schwangerschaftsverhütung stieg auch das Heiratsalter auf heute knapp 24 Jahre gegenüber 20,8 Jahren im Jahr 1970. Dabei ist vor allem die Zahl der

unter 18jährigen Bräute stark zurückgegangen. Sie beträgt heute nur noch 3% gegenüber früher 40,6% (XNA, 14.4. 93). An diesen Zahlen sind jedoch Zweifel erlaubt, da nach wie vor von nicht registrierten Früh-Heiraten berichtet wird (RMRB, 24.4.93; vgl. C.a., Nov. 1991, Ü15).

Bei einer Umfrage in der Stadt Tianjin erklärte 59,3% der Befragten, nur ein Kind zu haben, sei erstrebenswert. In Ost-Jiangsu äußerten sich sogar 77,8% der befragten Frauen in diesem Sinne (XNA, 14.4.93). Trotz einer höheren Akzeptanz der Geburtenplanungspolitik vor allem in den Städten sind Zwangsmaßnahmen - z.B. Zwangsabtreibungen - jedoch nach wie vor verbreitet, da die auf örtlicher Ebene für die Durchsetzung der Politik Verantwortlichen für die Einhaltung der Geburtenplanzahlen persönlich haftbar gemacht werden (IHT, 28.4.93).

Die Erfolge der Geburtenregelung stellte Peng Peiyun auf ihrer Pressekonferenz noch einmal heraus: Demnach ist die Geburtenrate binnen fünf Jahren bis 1992 um 5 Promillepunkte auf nunmehr 18,24 Promille gefallen, und vor allem die Zahl der über das zweite Kind hinaus Geborenen konnte gegenüber 1987 um 54,7% gesenkt werden (RMRB, 22.4. 93). Freilich sind bei dem hohen Ausgangsniveau die absoluten Geburtenzahlen immer noch gewaltig. Trotz der Tatsache, daß eine Chinesin heute nicht mehr Kinder bekommt als eine Britin oder Amerikanerin - die Fruchtbarkeitsrate (Zahl der Geburten pro Frau) liegt bei 1,8 bis 1,9 - (IHT, 28.4. 93), wurden 1992 immer noch mehr Kinder geboren als im Durchschnitt der fünfziger Jahre (RMRB, 25.3. 93), und allein die Zahl der über das zweite Kind hinaus Geborenen betrug 1992 zwei Mio. (RMRB, 22.4. 93).

Auf ihrer Pressekonferenz ging Peng besonders auf das Problem der Geburtenkontrolle auf dem Lande ein. Demnach müsse es als normal gelten, daß die Geburtenrate dort höher liege als in der Stadt; gleichwohl sei sie auch auf dem Lande stark gesunken, und wo entsprechende Voraussetzungen geschaffen werden, sei auch die Landbevölkerung durchaus bereit, neue Verhütungsmethoden zu akzeptieren. Zudem reduziere sich das Problem durch die zunehmende Verstädterung. (Ebenda) -hws-